

// Zur Landtagswahl März 2021: Fragen an unsere Landtagskandidat*innen //

Hinweis: Ausführlichere Antworten finden Sie in der Anlage, ganz ausführliche unter www.gew-bw.de/goeppingen/	 Ayla Cataltepe (Göpp.) Kathinka Kaden (Geisl.)	 Sarah Schweizer (Göpp.) Nicole Razavi (Geisl.)	 Joachim Kalitowski (Göpp.) Eva-Maria Glathe-Braun (Geisl.)	 Heidi Nader (Göpp.) Hans Peter Semmler (Geisl.)	 Sabrina Hartmann (Göpp.) Sascha Binder (Geisl.)
1. Unter welchen Bedingungen können Sie sich die Öffnung der Schulen und Kitas vorstellen und wie wäre Schule zukünftig solchen und weiteren Herausforderungen gewachsen?	„Pandemien kann in akuten Phasen nur mit Fernunterricht begegnet werden oder bei Lockerungen in bestimmter, fester Regelung des Präsenzunterrichts.“	„Die Wiederaufnahme des Schulbetriebs an den Grundschulen folgt den Vorgaben, die bereits nach dem ersten Lockdown für den Wiedereinstieg in den Präsenzbetrieb gegolten haben	„Jetzt tritt die Chancengleichheit durch die soziale Schere besonders zu Tage.“ Es braucht eine Bildungsoffensive.	„Ich könnte mir durch Anschaffung von Luftreinigungsgeräte und halbieren der Klassen Präsenzunterricht vorstellen ...“	„Die Krise wird zu gravierenden Folgen im Bildungsfortschritt und in der sozialen Entwicklung vieler Kinder und Jugendlichen führen.“ Wir brauchen eine Strategie für guten Unterricht.“
2. Was denken Sie wie der Personalmangel und die mit ihm verbundenen Probleme behoben werden können, und wie die Attraktivität des Lehrer*innenberufs wieder gesteigert werden kann?	„Die Grünen haben in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um die Schulen zu stärken und insbesondere die Unterrichtsversorgung zu verbessern...“	„Eine verlässliche Unterrichtsversorgung hat für die CDU hohe Priorität.“ Die grün-schwarze Landesregierung hat schon viel zur Attraktivitätssteigerung des Lehrer*innenberufs unternommen.	„Seit Jahren ist es eine Schande, dass Lehrer*Innen zum Ende des Schuljahres zum Arbeitsamt gehen müssen ... Seit Jahren werden zu wenig Lehrer ausgebildet.“	„Es ist unbedingt ein Muss, befristete Verträge in unbefristete Verträge umzuwandeln. Unter anderem muss man mehr Studienplätze ... anbieten.“	Mehr Stellen schaffen und mehr Studienplätze ... eine höhere Krankheitsreserve ... Angestellte Lehrer*innen und Referendar*innen ... müssen in den Sommerferien bezahlt werden.“
3. Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für den Beruf der Fachlehrkraft. Was würden Sie jungen Leuten anbieten, damit sie diesen wichtigen Beruf ergreifen?	„Die Besoldung und die derzeit schlechte Beförderungssituation von Fachlehrkräften ... werden der Rolle dieser Lehrkräfte nicht gerecht. Wir setzen uns für eine Aufwertung ein.“	„Durch Stellenhebungen und Funktionsstellen für FL und TL wird deren Wartezeit auf ein Beförderungssamt verkürzt. Dazu wurde mit dem Doppelhaushalt 2020/21 ein Beförderungsprogramm aufgelegt.“	„Dass Fachlehrer ein so viel geringeres Gehalt ... haben, ist eine ... Geringschätzung ihrer Leistung. Eine gleiche Besoldung und unbefristete Arbeitsverhältnisse müssen selbstverständlich sein.“	„Die Fachlehrkräfte [sollten] unter gleichen Bedingungen und gleicher Vergütung angestellt werden.“ Da Fachlehrkräfte gleiche Leistungen erbringen, muss die Vergütung auch dementsprechend sein.	„Damit der Beruf auch in Zukunft attraktiv ist, brauchen wir eine Angleichung des Gehalts ... und der Unterrichtsverpflichtung ... kurzfristig [muss] der Schwerpunkt auf einer Verbesserung der Aufstiegschancen liegen.“
4. Wie wollen Sie sich für die Verbesserung der Arbeitsqualität von Erzieher*innen einsetzen und die Attraktivität des Erzieher*innenberufs wieder steigern?	„Qualität in den Kitas kann es nur ... geben, wenn gutes Personal in ausreichendem Umfang zur Verfügung steht ... Die Grünen investieren seit 2011 massiv in die frühkindliche Bildung.“	KM und kommunale Landesverbände haben im Januar 2019 Pakt für gute Bildung und Betreuung vereinbart, für mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung, mehr Fachkräfte und eine intensivere Förderung.	„Kinderbetreuung und Frühförderung ist ein soziales Recht für Eltern und Kinder.“ Das Berufsbild der Erzieherin aufwerten.	„Wir brauchen Investitionen in Qualität und Ausbildung weiterer pädagogischer Fachkräfte, denn landesweit sind zahlreiche Stellen für Erzieherinnen und Erzieher nicht besetzt.“	1. Ausbildungskapazitäten erhöhen 2. Arbeitsbedingungen verbessern 4. Gute Betreuungssituation gewährleisten 5. Kita-Leitungen unterstützen
5. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass Kinder mit Förderbedarf wieder sinnvoll ihr Recht auf Inklusion wahrnehmen können?	„Gemeinsames Leben, Lernen und Arbeiten ... überall ...“ Deshalb: zusätzliche Lehrerstellen, Fort- und Weiterbildung, passgenaue Bildungsangebote für Schüler*innen mit Förderbedarf	Wahlfreiheit der Eltern sichern und Kindern ein reichhaltiges Bildungsangebot zur Verfügung stellen. „Indikator für den Erfolg ist nicht die Quote der inklusiv beschulten Schüler, sondern die Qualität des Angebots.“	Hürden in baulichen, kommunikativen, rechtlichen und administrativen Bereichen sowie die Blockaden in den Köpfen überwinden. Einsatz von professionellen Inklusionsfachkräften.	„Man sollte an den SBBZ mit ihren hochwertigen und spezialisierten Angeboten festhalten und bei den Eltern für diese Angebote werben ...“ Fachliche Betreuungspersonen für Inklusion	Nächsten 5 Jahren Personalressourcen vor allem in Gruppeninklusion und Außenklassen, in 5 - 10 Jahren pro-Kopf-Zuweisung schrittweise erhöhen, in 10 - 15 Jahren flächendeckende Umsetzung des 2-Pädagogenprinzips.
6. Welche Maßnahmen planen Sie, um den negativen Entwicklungen im Bildungsbereich in finanzschwachen Kommunen entgegenzuwirken?	Finanzschwache Kommunen brauchen besondere Unterstützung vom Land, aber auch durch den Bund, der den Kommunen immer mehr Aufgaben zugemutet hat.	Das Land hat die Finanzausgleich an die Kommunen bereits erhöht. Bund und Land haben Corona-bedingte Einnahmerückgänge weitgehend kompensiert.	„DIE LINKE fordert einen Schuldenschnitt für überschuldete Kommunen und die Übernahme von finanziellen Verbindlichkeiten ... höhere Grundfinanzierung der Kommunen.“	Finanzausgleich oder eine nicht zweckgebundene Zahlung für Gemeinden mit wenig Gewerbesteuererträgen, so dass die Kommunen wirtschaftlich besser dastehen ...	Kommunen unterstützen und die Kosten für die Kitagebühren für einen Umfang von 35 Stunden pro Woche erstatten Die Kommunen brauchen Unterstützung des Landes zur Betreuung des IT-Bereichs.
7. Wie stellen Sie sich die Stabilisierung und andererseits eine sinnvolle und realistische Weiterentwicklung des baden-württembergischen Schulsystems vor?	Gemeinschaftsschule weiterentwickeln und Zwei-Säulen-Modells nach dem Vorbild anderer Bundesländer. Hochwertiges Ganztagsangebot in gebundenen Ganztagsklassen.	„Wir stehen für ein vielseitiges und differenziertes Schulsystem, das Durchlässigkeit und Anschlüsse an verschiedene Abschlüsse ermöglicht.“	Inklusive Schule für alle, ganztägige Gemeinschaftsschule mit guter Betreuung und interessanten Angeboten, mit gutem Essen und ohne Hausaufgaben, eine Schule für alle.	„Für den Erhalt unseres vielfältigen und gegliederten Schulwesens ...“	Die bestehenden Schularten so ausstatten, dass guter Unterricht stattfinden kann. Langfristig ein Zwei-Säulen-System aus Gymnasien und integrierten Schularten.
8. Halten Sie das Verhältnis von Elternwille und Expertenmeinung in unserem Schulsystem für ausgewogen?	„Wir lehnen es ab, die Verbindlichkeit der Grundschullehrer*innen wieder einzuführen...“	Die GSE muss verbindlicher werden und sollte durch zentrale Klassenarbeiten... im ersten Halbjahr unterlegt werden	„Keinesfalls sollte zu der verbindlichen Grundschullehrer*innenempfehlung zurückgekehrt werden“	"Die verbindliche Grundschullehrer*innenempfehlung wieder einführen“, aber auch Gespräch zwischen Schule und Eltern	Wichtig, dass Eltern und Lehrer*innen gleichberechtigte Partner sind bei Entscheidungen zur Entwicklung der Kinder.
9. Wie wollen Sie die Schule, die Lehrkräfte und vor allem die Kinder gegen den Einfluss demokratiefeindlicher Kräfte stärken?	"...Wir brauchen an den Schulen politische Bildung – im Lehrplan genauso wie im Schulalltag ...“	"... Demokratiebildung wurde mit Beginn des Schuljahres 2019/20 verbindlich an allen Schulen umgesetzt ...“	"Den 8. Mai als ... verpflichtenden schulischen Projekttag festlegen... Demokratieerziehung soll einen festen Platz in der Schule haben...“	Entscheidend ist Bindung an Menschenrechte und Menschenwürde, Gewaltenteilung, Minderheitenschutz, die Verfahren des Rechtsstaats ...	„Der SPD [ist es] besonders wichtig, die Demokratiebildung an Schulen stärken.“ Pro Schuljahr an allen Schulanlagen vier „Demokratie-Tage.“